

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Rechtsprechung	1
1. HessVGH zur Wahl eines stellvertretenden Personalratsvorsitzenden	1
2. HessVGH zur Mitbestimmung bei der Bestellung des Vertreters des behördlichen Datenschutzbeauftragten	2
3. ArbG Frankfurt a. M. zum Anspruch auf Strukturausgleich nach § 12 TVÜ-H	2
4. Berechnung des finanziellen Ausgleichs des bis zum Ende des Dienstverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs im Beamtenbereich	2
5. Sowohl im Beamten- als auch im Arbeitsrecht: Vererbbarkeit eines nicht genommenen Erholungsurlaubs/finanzieller Ausgleich	3
II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	4
1. Entgeltordnung zum TV-H	
2. Tarifrunde 2015 im Bereich der TdL	4
III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	4
IV. Neues auf Rehmnetz	5
1. News	5
2. Blog zum Beamtenrecht	5

I. Aktuelles aus der Rechtsprechung

1. HessVGH zur Wahl eines stellvertretenden Personalratsvorsitzenden

Der HessVGH hat klargestellt, dass sich aus § 29 Satz 2 HPVG kein Anspruch eines in den Personalrat gewählten Mitgliedes einer Minderheitengewerkschaft ableiten lässt, zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums gewählt zu werden. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung waren die Wahlen zum Vorsitzenden und dessen Stellvertretungen eines örtlichen Personalrats im Polizeibereich. Die GdP hatte in dem neunköpfigen Gremium 7 Sitze, die DPoIG 2 Sitze errungen. Bei der anstehenden Wahl des Vorsitzenden wurde ein PR-Mitglied der GdP gewählt. Der Personalrat entschied sodann, dass es drei Stellvertreter geben sollte. Ein DPoIG-Mitglied unterlag in allen drei Wahlgängen, gewählt wurden ausschließlich GdP-Mitglieder. Geklagt wurde mit dem Argument, dass § 29 Satz 2 HPVG eine Sollvorschrift enthalte, wonach bei der Wahl der Stellvertreter zum einen die Gruppen, aber auch „die im Personalrat vertretenen Gewerkschaften berücksichtigt werden“ sollen.

Diese Vorschrift sei im vorliegenden Fall nicht beachtet worden. Dem hat der HessVGH widersprochen. Er weist in seiner Begründung darauf hin, dass die Soll-Vorschrift zwar darauf hinweist, dass in allen typischen Fällen so verfahren werden „soll“, in atypischen Fällen könne davon jedoch abgewichen werden. Das sei hier in zulässiger Weise geschehen. Das Gericht weist darauf hin, dass der Gesetzgeber gerade keine zwingende Vorgabe hinsichtlich der Wahl bzw. der Auswahl der stellvertretenden Vorsitzenden gemacht habe und folglich die Gremien auch befugt sind, anders zu entscheiden.



Produktipp

pcBeamte

PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettoeinzugs für Beamte, Richter und Soldaten.



CD-ROM
Stand 28. Aktualisierung Juli 2014
wird ca. 2 mal im Jahr aktualisiert

€ 54,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-8024-3

[\[Mehr Info\]](#)

Die anderslautende, erstinstanzliche Entscheidung des VG Wiesbaden v. 28.11.2012, Az.: 23 K 948/12. WI-PV ist damit aufgehoben.

Rechtsbeschwerde wurde nicht zugelassen. Ob dagegen die Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt wurde, ist nicht bekannt.

**HessVGH, Beschluss v. 22.7.2014,
Az.: 22 A 2349/12.PV.**

2. HessVGH zur Mitbestimmung bei der Bestellung des Vertreters des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Der HessVGH hat klargestellt, dass sich aus § 74 Abs. 1 Nr. 3 HPVG kein Mitbestimmungsrecht bei der Bestellung des Vertreters des behördlichen Datenschutzbeauftragten ableiten lässt. Ausgangspunkt des Streitfalles ist die Bestellung der Vertreterin bzw. des Vertreters des behördlichen Datenschutzbeauftragten nach § 5 Abs. 1 Satz 1 HDSG. Dass es ein Mitbestimmungsrecht bei der Bestellung des (eigentlichen) Datenschutzbeauftragten gibt (§ 74 Abs. 1 Nr. 3, 2. Alt. HPVG), ist unstrittig. Es geht um die Vertretung. Während das VG Frankfurt a. M. dem Antrag noch entsprochen hatte, hat nunmehr der HessVGH das Beteiligungsrecht verneint.

Zur Begründung wird angeführt, dass man aus der Verwendung des Plurals („... von ... *Datenschutzbeauftragten* ...“) nicht den Schluss ziehen könne, dass sowohl der eigentliche Datenschutzbeauftragte als auch seine Vertretung erfasst sei. Die Verwendung des Plurals stelle nur eine Anpassung an die ansonsten in dieser Vorschrift verwandte Wortwahl dar, es komme ihr keine eigene Bedeutung zu. Im Übrigen fungiere die Vertretung in diesem Fall als reine Abwesenheitsvertretung, der Gesetzgeber habe von daher keine Notwendigkeit gesehen, dass auch diese Person wie der eigentliche Datenschutzbeauftragte sowohl das Vertrauen der Dienststellenleitung als auch der Personalvertretung genießt.

Die anderslautende, erstinstanzliche Entscheidung des VG Frankfurt a. M. v. 7.10.2013, Az.: 23 K 2271/13.F.PV wurde aufgehoben.

Rechtsbeschwerde wurde nicht zugelassen. Ob dagegen die Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt wurde, ist nicht bekannt.

**HessVGH, Beschluss v. 22.7.2014,
Az.: 22 A 2226/13.PV.**

3. Anspruch auf Strukturausgleich nach § 12 TVÜ-H

Wie schon nach dem Bundestarifrecht gab und gibt es auch in Hessen Streit über die Frage, wann ein Strukturausgleich nach § 12 TVÜ-H i. V. m. der Anlage 3 zum TVÜ-H zusteht. Das Land Hessen vertritt die Auffassung, dass für die Bestimmung der Vergütungsgruppe, aus der mit Wirkung zum 1.1.2010 übergeleitet wurde, die „*originäre Vergütungsgruppe*“ maßgebend sei. Dies ist eine Vergütungsgruppe, die nicht im Rahmen eines Bewährungs- oder Zeitaufstieges erreicht wurde. War jemand am 31.12.2009 in einer solchen „Aufstiegsgruppe“, dann müsse ermittelt werden, in welcher Vergütungsgruppe er sich zuvor befand, die zugleich nicht ebenfalls im Rahmen eines Aufstieges erreicht wurde. Die Gewerkschaften haben dieser Position widersprochen und erklärt, dass maßgebend die tatsächliche Verg. Gruppe war bzw. ist, in der sich jemand am 31.12.2009 befand und aus der übergeleitet wurde. Auf welche Art und Weise diese Verg. Gruppe erreicht wurde, sei unerheblich.

Die gewerkschaftliche Sichtweise wurde nun auch erstinstanzlich durch das ArbG Frankfurt a. M. bestätigt. Das Gericht führt aus, dass weder aus dem Wortlaut des § 12 TVÜ-H i. V. m. mit der Anlage 3 noch aus der Art und Weise des Zustandekommens geschlossen werden könne, eine andere als die am 31.12.2009 innegehabte Verg. Gruppe sei maßgebend.

Die Entscheidung ist allerdings nicht rechtskräftig. Es wurde Berufung beim LAG Hessen eingelegt. Dort liegt bereits ein weiteres Verfahren in gleicher Sache.

**ArbG Frankfurt a. M. v. 1.7.2014,
Az.: 10 Ca 7930/13; n. rkr.**

4. Berechnung des finanziellen Ausgleichs des bis zum Ende des Dienstverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs im Beamtenbereich

Durch die Rechtsprechung des EuGH ist anerkannt, dass auch Beamtinnen und Beamte, die wegen einer längeren Erkrankung den Erholungsurlaub bis zum Ende des Dienstverhältnisses nicht in Anspruch nehmen konnten, einen Anspruch auf finanziellen Ausgleich des nicht genommenen Erholungsurlaubs haben (EuGH v. 3.5.2012, ZTR 2012, S. 365 ff. =

ZBR 2012, S. 342). Wie im Arbeitsrecht auch, gilt dies nur dann, wenn der Mindesturlaub von vier Wochen pro Jahr nicht erreicht wird. Bislang unstreitig war, dass der finanzielle Ausgleich sich auf jeden Fall auf das eigentliche Grundgehalt als Besoldungsbestandteil erstreckte.

a) Auch Sonderzahlungen sind zu beachten

Nunmehr hat der HessVGH mit Urteil v. 4.6.2014 entschieden, dass auch die Sonderzahlungen i. S. des § 1 Abs. 3 Nr. 2 HBesG i. V. mit § 2 ff. HSZG (HBR IV, Nr. 1401) erfasst sind. Damit hat das Gericht den bisher bei der Berechnung zu Grunde liegenden Besoldungsbegriff weiter gefasst.



Produkttyp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

Teil IV: Beamtenrecht

Die umfassende Neukommentierung!

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 7 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

b) Auch Vermögenswirksame Leistungen sind erfasst

In einem weiteren Verfahren war streitig, ob auch der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen (§§ 64 ff. HBesG) zu den besoldungsrechtlichen Ansprüchen gehören, die bei der Berechnung der finanziellen Abgeltung eines wegen Krankheit nicht genommenen Erholungsurlaubs zu berücksichtigen sind. Dies wurde ebenfalls bejaht (HessVGH v. 14.7.2014).

Damit ergibt sich zusammengefasst derzeit die Situation, dass bei der Berechnung des finanziellen Ausgleichs eines bis zum Ende des Dienstverhältnisses krankheitsbedingt nicht genommenen Mindesturlaubs folgende Besoldungsbestandteile mit zu berücksichtigen sind:

- Das Grundgehalt (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 HBesG),
- die Amtszulagen und die Stellenzulagen (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 HBesG),
- der Familienzuschlag (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 HBesG),
- die Sonderzahlungen (§ 1 Abs. 3 Nr. 2 HBesG),
- die vermögenswirksamen Leistungen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 HBesG).

HessVGH v. 4.6.2014, Az.: 1 A 519/14

(Einbeziehung von Sonderzahlungen)

HessVGH v. 14.7.2014, Az.: 1 A 1660/13.Z

(Einbeziehung der vermögenswirksamen Leistungen).

5. Sowohl im Beamten- als auch im Arbeitsrecht: Vererbbarkeit eines nicht genommenen Erholungsurlaubs/finanzieller Ausgleich

In einer weiteren Entscheidung zum Urlaubsrecht hat der EuGH entschieden, dass im Falle des Todes eines **Arbeitnehmers**, dem (eigentlich) noch Erholungsurlaub zusteht, dieser Anspruch nicht untergeht, sondern seine bzw. ihre Erben einen Anspruch auf einen entsprechenden, finanziellen Ausgleich des nicht genommenen Erholungsurlaubs haben. Der EuGH hat damit die nationale Rechtsprechung ausdrücklich korrigiert (BAG v. 20.9.2011, ZTR 2012, S. 177). Durch die Rechtsprechung des EuGH ist

jetzt geklärt, dass ein solcher Anspruch besteht, auch wenn die nationalen Regelungen (BUrlG, Tarifverträge) dies nicht ausdrücklich vorsehen.

Wie schon bislang für den Arbeitnehmerbereich wurde der Anspruch auf Vererbbarkeit eines nicht genommenen Erholungsurlaubs bzw. dessen finanzieller Ausgleich für den **Beamtenbereich** abgelehnt. Das Land Hessen hat mit Blick auf die vorliegende EuGH-Entscheidung seine bisherige Auffassung geändert und akzeptiert jetzt auch eine Vererbbarkeit bzw. einen finanziellen Ausgleich im Todesfall (Erlass des HMdLuS v. 19.9.2014). Hinsichtlich der konkreten Berechnung gelten die unter Nr. 4. näher dargestellten Regelungen.

EuGH v. 12.6.2014, Az.: C-118/13

Erlass des HMdLuS v. 19.9.2014,
Az.: I 15 12a02.05.02

II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

1. Entgeltordnung zum TV-H

Die Verhandlungen zu einer Entgeltordnung auf der Grundlage des seit dem 1.1.2010 in Kraft befindlichen TV-H befinden sich offensichtlich in einer entscheidenden Phase. Noch im Laufe des Monats Oktober 2014 soll eine endgültige Entscheidung getroffen werden, ob sich die Tarifvertragsparteien auf neue, das System der Anlagen 1a und 1b zu BAT ablösende Eingruppierungsregelungen verständigen können. Eher unwahrscheinlich ist es aber, dass eine Neuregelung noch im Jahre 2014 in Kraft tritt. Sobald nähere Informationen vorliegen, werden wir berichten.

2. Tarifrunde 2015 im Bereich der TdL

Im Jahre 2015 steht die nächste Tarifrunde im Bereich der TdL an. Dem Vernehmen nach haben sich die Tarifvertragsparteien derzeit auf insgesamt drei Verhandlungstermine in den Monaten Februar und März 2015 verständigt. Es ist davon auszugehen, dass sich die zu vereinbarenden Verhandlungstermine im Rahmen der Tarifrunde zum TV-H daran orientieren. Auch hier endet die Einkommensentwicklung am 31.12.2014.

III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Aktualisierungslieferungen zum Hessischen Bedienstetenrecht. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Oktober 2014:

289. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht
Rundschreiben

290. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
140. Aktualisierung der Teilausgabe IV
= 17. Aktualisierung des BeamtStG
§§ 1, 43, 44, 46 BeamtStG, Stichwortverzeichnis

November 2014:

290. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
78. Aktualisierung Teilausgabe I
§ 77 HPVG

Dezember 2014:

291. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
141. Aktualisierung der Teilausgabe IV
§§ 20-23 HBG 2014, Vorschriften

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlspurger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

IV. Neues auf Rehmnetz

1. News

[Zielorientierte Verwaltung – Spitzengespräch in Berlin](#)

[Atypisch ist fast normal](#)

2. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlisperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Ehemalige Richter als Rechtsanwälte](#)

[Master of Administration – eine Wohltat für das Beamtenrecht](#)

[Der Tritt ins Gesäß des Beamten](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

Impressum:

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH; München & Heidelberg,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2014, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg